



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 14. September 2017

Antrags-Nr. 17-F-21-0082

Haushaltsmittel für die Beschäftigungsförderung

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.08.2017

-

Die Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Wiesbaden zielt mit innovativen Projekten in den Bereichen „Erster Arbeitsmarkt“, „Ausbildungsförderung“ und „Existenzgründungsförderung“ auf ein hohes und bedarfsgerechtes Ausbildungs- und Beschäftigungsangebot ab.

Die Zusammenarbeit mit den diversen Kooperationspartnern hat sich in den vergangenen Jahren mehr als bewährt und sollte daher auch weiterhin gepflegt und gefördert werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 500.000 Euro bereitstellt und für die folgenden Maßnahmen verwendet:

Maßnahme	Kosten
Haushaltsmittel für die Beschäftigungsförderung/Dez III/8080	500.000 Euro

Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

Beschluss Nr. 0300

Der gem. Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 28.08.2017 betr.

Haushaltsmittel für die Beschäftigungsförderung

wird wie folgt angenommen:

1. Für das laufende Jahr 2017 werden außerplanmäßig Mittel in Höhe von 500.000 Euro bereitstellt und für die folgenden Maßnahmen verwendet:

Maßnahme	Kosten
Haushaltsmittel für die Beschäftigungsförderung/Dez III/8080	500.000 Euro

2. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

3. Der Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung erwartet nach 6 Monaten einen Sachstandsbericht, der Auskunft gibt über die konkrete Verwendung der Mittel, also darüber, welche Projekte in welchem Umfang und mit welcher Personenzahl gefördert werden. Der Bericht ist aufzugliedern in die Bereiche „Erster Arbeitsmarkt“, „Ausbildungsförderung“ und „Existenzgründungsförderung“. Das Geld soll für Projekte für Langzeitarbeitslose verwendet werden.

(antragsgemäß Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung 05.09.2017 BP 0056)

1. Der Vorsitzenden des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung mit der Bitte um Kenntnisnahme
- Wiesbaden, .09.2017
im Auftrag

2. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2017
im Auftrag

1. Dezernat III mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat VI mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock